

China, Balkan, Weltwirtschaft

Aus amerikanischen Fachzeitschriften, 1. Halbjahr 2001

Peter Rudolffjens van Scherpenberg

China – darüber besteht in der amerikanischen Diskussion Einigkeit – ist die große außenpolitische Herausforderung. Wird es zu einer regionalen Hegemonialmacht, zu einem Machtkonkurrenten der USA in Asien heranwachsen? Meist richtet sich der Blick auf das wirtschaftliche und militärische Machtpotential Chinas und auf mögliche Veränderungen des Machtgleichgewichts. Pessimisten fürchten, China könnte gegenüber den USA in starkem Maße aufholen; Optimisten betonen die nach wie vor bestehende Kluft. Der Schwerpunkt amerikanischer Sicherheitspolitik – das zeichnet sich in den Debatten ab – wird sich von Europa nach Asien verlagern. Ungewiß ist dabei vor allem die künftige amerikanische Rolle auf dem Balkan.

Nach dem Abklingen der Globalisierungs- und »New Economy«-Euphorie der späten 90er Jahre sind die Beiträge zu Fragen der Weltwirtschaft und der internationalen Wirtschaftsbeziehungen der USA im Berichtszeitraum überwiegend von Nüchternheit geprägt. Neben den Perspektiven der Handelspolitik und ihren internationalen Rahmenbedingungen gilt die Aufmerksamkeit vor allem der Armut in Entwicklungsländern und ganz allgemein dem Problem wachsender sozialer Ungleichheit im Gefolge der Globalisierung.

China und das Taiwanproblem

Auch wenn sich die militärische und technologische Kluft zu Amerika nicht verringern und das militärische Kräfteverhältnis im Pazifik und in der Taiwanstraße weiterhin die USA begünstigen würde, könnte China bei entsprechender militärischer Ausrüstung und entsprechenden Strategien amerikanische Sicherheitsinteressen gefährden. Das ist die These, die **Thomas J. Christensen** vom Massachusetts Institute of Technology (MIT) in der Zeitschrift *International Security* vertritt. In einem teils überlappenden, teils ergänzenden

Beitrag, den er zusammen mit **Richard Betts**, Direktor des Institute of War and Peace Studies an der Columbia University, für die Zeitschrift *The National Interest* verfaßt hat, werden in aller Schärfe die Fragen gestellt, auf die amerikanische Chinapolitik eine Antwort zu geben habe.

Selbst wenn China keine aggressiven Absichten hat, bleibt aufgrund der Taiwanproblematik die Möglichkeit eines militärischen Konflikts gegeben. China mag auf absehbare Zeit militärisch nicht in der Lage sein, Taiwan zu besetzen. Doch würde bereits eine Blockade die USA in eine gefährliche Konfrontation mit China ver-

wickeln. Wirtschaftliche Verflechtung mag die Vermeidung eines Krieges rational erscheinen lassen. Interdependenz kann jedoch in einer sich zuspitzenden Krisensituation zu der wechselseitigen Erwartung führen, die andere Seite werde aus rationalem Kalkül zuerst nachgeben – mit der Konsequenz, daß die Konfrontation in einem militärischen Konflikt endet. Und: Gerade der Prozeß der Liberalisierung und Demokratisierung Chinas kann destabilisierende Folgen haben, wenn bestimmte Kräfte nationalistische Emotionen aus innenpolitischem Kalkül anheizen und ausnutzen.

Drei konzeptionellen Fragen hat sich dieser Analyse zufolge amerikanische Politik zu stellen: Wie lassen sich, erstens, Krise und Krieg mit China am besten verhindern? Wie sollte, zweitens, das Krisenmanagement aussehen und wie die Kriegführung? Wie, schließlich, ließen sich eine Krise und ein Krieg zu Bedingungen beenden, die für die USA und ihre Verbündeten annehmbar wären? Antworten geben die beiden Autoren vornehmlich auf die erste Frage. Zur Stärkung der Abschreckung wird die Verbesserung jener militärischen Fähigkeiten gefordert, mit denen sich die Optionen chinesischer Drohpolitik konterkarieren lassen, ohne daß die USA aus Sorge um ihre Streitkräfte in der Region zu präemptiven Schlägen und massiven Angriffen gegen das chinesische Territorium Zuflucht nehmen müßten: darunter die Verbesserung der US-»theater missile defenses« (TMD) und die Stärkung der Fähigkeit zur Minenräumung im Falle einer Blockade. Sollte Taiwan jedoch formell seine Unabhängigkeit erklären, dann – so die Befürchtung – werde sich China nicht abschrecken lassen. Als Element der »reassurance« sollten die USA deshalb Taiwan in aller Deutlichkeit und Offenheit warnen, daß die USA nicht zu Hilfe kommen werden, wenn es sich für unabhängig erkläre. Auf militärischer Ebene heißt die Konsequenz: keine Lieferung offensiver Waffensysteme an Taiwan und Vermeidung jener Art der Rüstungskoope- ration – etwa durch Lieferung der fort-

geschrittensten TMD-Systeme –, die die taiwanesischen und die amerikanischen Streitkräfte aus chinesischer Sicht in einer »Quasi-Allianz« verbinden würde.

Die Beziehungen zu China und die inoffiziellen Beziehungen zu Taiwan in Einklang zu bringen stellt die USA vor einen höchst schwierigen Balanceakt. Die Politik »strategischer Ambiguität« ist der Ausdruck dieses Versuchs: nämlich erklärtes amerikanisches Interesse an der Sicherheit Taiwans, aber keine ausdrückliche Verpflichtung zum militärischen Beistand. Innenpolitisch ist diese Politik seit einiger Zeit unter Druck. Befürchtet wird, daß die bisherige Politik von ihren Adressaten mißverstanden werde: Taiwan könnte sich am Ende der amerikanischen Unterstützung sicher fühlen, China könnte glauben, die USA schreckten, wenn es hart auf hart käme, vor militärischem Beistand zurück. Problematisch wird die Situation dadurch, daß die chinesische Seite nicht mehr die Zeit auf ihrer Seite weiß, wie der 1995–2000 für Asien und den Pazifik zuständige Deputy Assistant Secretary of Defense und jetzige Senior Vice President des Center for Strategic and International Studies (CSIS) in Washington, **Kurt M. Campbell**, in einem mit **Derek J. Mitchell**, Asienexperte am CSIS, verfaßten Aufsatz in *Foreign Affairs* schreibt. Die beste Option für die USA sei es, mit entsprechenden Anreizen beide Seiten dazu zu bringen, den Status quo aufrechtzuerhalten – einen nicht näher definierten Schwebezustand zwischen Unabhängigkeit und Wiedervereinigung. China müsse von der Drohpolitik abgebracht werden, Taiwan die Möglichkeit erhalten, unter Hinnahme seines ungeklärten internationalen Status in vielfältiger Weise an der »internationalen Gemeinschaft« teilzunehmen. Abschreckung auf der einen Seite und die Förderung des Dialogs zwischen Taiwan und China auf der anderen Seite sollten Elemente amerikanischer Politik sein.

Eine konträre Position in der Debatte um die Politik »strategischer Ambiguität« ist aus dem *CATO Institute* zu vernehmen, jenem libertären »think-tank«, der sich generell

ein reduziertes internationales Engagement der USA auf seine Fahnen geschrieben hat. Die USA sollten Taiwan zwar weiterhin mit Rüstungslieferungen unterstützen, aber anstelle der bisherigen Zweideutigkeit deutlich machen, daß sie sich nicht in einen bewaffneten Konflikt zwischen Taiwan und China einmischen würden. Taiwan, so **Ted Galen Carpenter**, sei kein »vitales«, sondern nur ein peripheres amerikanisches Interesse. Für die Bewahrung der De-facto-Unabhängigkeit Taiwans sollten die USA daher keinen Krieg riskieren.

Vor den negativen Rückwirkungen auf die Liberalisierung Chinas im Falle eines »Kalten Krieges« zwischen den USA und China warnen **George Gilboy** und **Eric Heginbotham**, Chinaexperten am MIT, in *Foreign Affairs*. Aufgrund sozialer Entwicklungen erwarten sie von der nächsten Generation der politischen Führung Chinas eine beschleunigte politische Liberalisierung – nicht im Sinne der Entwicklung zu einer Demokratie westlichen Musters, doch unter Akzeptanz unabhängiger gesellschaftlicher Organisationen und einer stärkeren innerparteilichen Demokratie. Sollten sich die amerikanisch-chinesischen Beziehungen antagonistisch entwickeln, würde das die Position der Konservativen und des Militärs stärken, eher moderate Politiker in ihrem Reformbestreben bremsen und den Aufstieg relativ »liberaler« Politiker erschweren. Sollten die USA gegenüber China eine Eindämmungspolitik betreiben, dann würden sie faktisch Chinas Reformprozeß eindämmen. Die rhetorische Mäßigung ist ein Ratschlag, den die beiden Autoren den amerikanischen Politikern geben (die Bush-Rhetorik ist im Vergleich zum Wahlkampf ja schon gemäßigter geworden). Ein anderer lautet: größere Sensibilität für die diplomatischen und strategischen Konsequenzen bestimmter militärischer Aktivitäten (darunter die amerikanischen Aufklärungsflüge entlang der chinesischen Grenze), die das Image verstärken, die USA seien China feindlich gesonnen.

Wege aus dem Balkan

Der Blick auf die China-Debatte macht deutlich: Die stärkere Aufmerksamkeit für Asien ist aus amerikanischer Sicht nur allzu berechtigt. Doch welche Konsequenzen hat die sicherheitspolitische Schwerpunktverlagerung für die amerikanische Rolle in Europa? Die USA wollen zwar auch unter Präsident Bush an der Führungsrolle in Europa festhalten; doch unverkennbar spiegelt sich in der Balkanpolitik das konservative Unbehagen über ungeliebte Verpflichtungen in einer Region wider, die nicht als »vitales« Interessengebiet der USA gilt.

Europäische, gewiß aber deutsche Politik scheint davon auszugehen, daß es auf dem Balkan noch einer eher in Jahrzehnten als in Jahren zu bemessenden politischen und militärischen westlichen Präsenz bedürfe. Doch wie lange werden sich die USA an dieser neuen multilateralen und humanitären Form eines »Neo-Imperialismus« beteiligen? Bislang sind die Kosten gering geblieben, entsprechend gering ist die Aufmerksamkeit der amerikanischen Öffentlichkeit. Sich allerdings auf Dauer auf günstige Rahmenbedingungen zu verlassen, ist, wie **Richard Betts** in der Zeitschrift *The National Interest* argumentiert, eine brüchige Grundlage für eine langfristige Besatzungspolitik. Seine Frage lautet daher: Welche Wege führen aus dem Balkan?

Betts sieht drei strategische Optionen: die eine ist aus seiner Sicht klar die schlechteste, die andere schlecht, die dritte nicht ganz so schlecht. Die erste Option besteht darin, die Besatzung mit offenem Ende fortzuführen. Die Rechtfertigung für eine solche Option könne allein in der Erwartung liegen, daß eine langfristige Treuhänderverwaltung die unter Obhut stehende Gesellschaft längerfristig derart transformieren werde, daß dauerhafter Frieden und dann ein Rückzug möglich würden. Doch dies würde eine weitaus »muskulösere« Form der Obhut erfordern, eine Form des »nationbuilding« und »state-building«. Dies zu erreichen mag auch in ethnisch

geteilten Gesellschaften nicht ganz unmöglich sein. Doch eine gesellschaftliche und politische Transformation würde ein weit aus stärkeres Engagement erfordern, für das im Westen keine politische Bereitschaft zu erkennen sei.

Die zweite Option sieht Betts in der formellen Teilung des Kosovo und Bosnien-Herzegowinas. Die Schaffung ethnisch homogener und militärisch zu verteidigender Staaten würde die Änderung von Grenzen und den zwangsweisen Transfer von Menschen erfordern. Im Kosovo wäre dies leichter, da die »ethnische Säuberung« im Krieg und danach intensiver war. Doch diese Option würde nicht nur den rechtlichen und moralischen Vorstellungen des Westens zuwiderlaufen, sondern auch Sicherheitsgarantien der NATO für die neugegründeten Staaten erfordern.

Die dritte Option hieße aus amerikanischer Sicht, die Verantwortung für den Balkan der Europäischen Union zu übergeben und sich selbst zurückzuziehen. Betts sieht zwei Probleme, die mit einem solchen Ansatz verbunden sind: Zum einen könnten die Europäer sich dieser Aufgabe schlicht verweigern und ihrerseits den Rückzug antreten, was alle Anstrengungen der letzten Jahre zunichte machen könnte. Zum anderen liefe er der Bewahrung der amerikanischen Führungsrolle in Europa zuwider, an der auch die Bush-Administration festhalten möchte. Die dafür notwendigen Kosten und Anstrengungen im Balkan scheut sie jedoch. In dieser Schlussfolgerung dürfte Betts zustimmen sein.

Globale Ungleichheit

In einer Zeit weltweit hoher und steigender Wachstumsraten, wie sie die 90er Jahre bis zur internationalen Finanzkrise von 1997/98 charakterisierten, die Lage in den führenden Industrieländern noch bis Ende 2000, war es leicht, die Verteilungsaspekte liberalisierter und deregulierter Märkte unter den Bedingungen der Globalisierung zu verdrängen. Die wachsende Ungleichheit

der Einkommensverteilung, sowohl auf nationaler wie auf internationaler Ebene, schien ein zu vernachlässigendes Problem zu sein, solange davon auszugehen war, daß der wachsende Reichtum in den höheren Einkommens- und Vermögensgruppen bzw. in den reicheren Staaten durch den »trickle-down«-Effekt, also durch vermehrte Nachfrage nach dem Arbeits- und Güterangebot ärmerer Einkommenschichten bzw. Staaten, letztlich auch zu jenen durchsickern und ihnen zu steigendem Wohlstand verhelfen werde. Und dieser Prozeß, so lautete das gültige Dogma, werde um so erfolgreicher ablaufen, je offener die Märkte seien, je freier der Handel vonstatten gehe.

Dani Rodrik, Professor für Politische Ökonomie an der John F. Kennedy School of Government der Harvard Universität, hat dieses Dogma in seinem Beitrag »Trading in Illusions« in der Zeitschrift *Foreign Policy* als »hohles Versprechen« charakterisiert. Rodrik, der sich vor allem mit seinem 1998 erschienenen Buch »Has Globalization Gone too Far?« durch fundierte Kritik an der konkreten Verlaufsform der Globalisierung und Marktöffnung in den 90er Jahren einen Namen gemacht hat, weist darauf hin, daß es mit Marktöffnung nicht getan ist. Vielmehr erfordert der Eintritt in die Weltwirtschaft die Anpassung an den inzwischen hochkomplexen Katalog globaler ordnungspolitischer Rahmenbedingungen, wie sie vor allem von der WTO und den internationalen Finanzinstitutionen repräsentiert werden. Diejenigen Entwicklungsländer, die sich dieser integrationspolitischen Anstrengung im Namen der Orthodoxie uneingeschränkt unterwerfen, sind dadurch nicht nur in aller Regel administrativ-institutionell (und auch finanziell) überfordert, so daß ihr absehbares Scheitern leicht mit noch immer mangelhaften ordnungspolitischen Rahmenbedingungen erklärt werden kann. Vor allem, so Rodrik, werden sie durch diese Anstrengung davon abgehalten, erfolgversprechende nationale, weniger integrierte Entwicklungsstrategien zu verfolgen. Auf den Vorrang nationaler Strategien statt

uneingeschränkter Öffnung führt er den vergleichsweise stabilen Entwicklungserfolg von Ländern wie Südkorea (bis zu den 90er Jahren), Taiwan, VR China oder Indien zurück. Ihr Vorbild empfehle sich eher zur Nachahmung als die undifferenzierten Marktöffnungs- und Integrationsrezepte der Globalisierungs-Orthodoxie.

Eine bemerkenswerte Ergänzung der Argumente von Rodrik bietet ein Aufsatz dreier Wissenschaftler der Duke University, North Carolina, in *Foreign Policy*. Sie analysieren den wachsenden Einfluß, den Nichtregierungsorganisationen (Non-Governmental Organizations – NGOs) durch moralischen und sozialen Druck auf die Entwicklung freiwilliger Standards von Unternehmen und deren Überwachung durch unabhängige nichtstaatliche Institutionen nehmen. Die Autoren, **G. Gereffi**, **R. Garcia-Johnson** und **E. Sasser**, sehen hier neue Mechanismen von »transnational private governance« am Werk, komplementär und verstärkend zu internationalen, staatlich vereinbarten Standards und Regelungsregimen. Diese nichtstaatliche Ebene könnte für weniger entwickelte Länder ein Stück weit die Lasten der Integration mindern, während sie ihnen zugleich die Vorteile einer allmählichen Diffusion höherer Standards zukommen läßt.

Auch Harvard-Starökonom **Jeffrey Sachs** äußert sich zu »The Strategic Significance of Global Inequality«. Sachs' Ausgangspunkt ist das offensichtliche Scheitern von Entwicklung im Fall der ärmsten Staaten. Er betont den engen, wenn auch nicht zwingenden Kausalzusammenhang von wirtschaftlichem Scheitern und Staatszerfall (state failure) und weist auf die potentiell hohen Folgekosten hin, die daraus für die USA entstehen können. »State failure« definiert Sachs zwar in einem allzu weiten Sinn, der nicht nur zerfallende Staaten in der engeren Bedeutung umfaßt, sondern auch Staaten mit besonders schlechter Regierungsführung (bad governance), darunter solche mit nur aus amerikanischer bzw. westlicher Perspektive »schlechter«, nämlich unerwünschte Ziele verfol-

gender Regierung, also die sogenannten Schurkenstaaten (rogue states). Fruchtbar ist jedoch seine Differenzierung von vier Typen ökonomischen Scheiterns. Er unterscheidet (1) Staaten in der Armutsfalle (wie etwa viele afrikanische Staaten); (2) Staaten, die überschuldet sind und sich faktisch im Staatsbankrott befinden; (3) Staaten mit akuten Liquiditätskrisen, wie sie sich in der Krise von 1997/98 entwickelten; und (4) Staaten in einer Übergangskrise von autoritären, staatswirtschaftlichen zu marktorientierten demokratischen Regimen.

Sachs beklagt die bisherige Inkonsistenz von amerikanischer Entwicklungs- und Außenpolitik und plädiert für eine konsequente Neukonzipierung der Entwicklungspolitik. Sie sollte je nach den vier Typen ökonomischen Scheiterns gezielt mit den jeweils geeigneten Instrumenten vorgehen: substantielle Transferzahlungen für die Staaten in der Armutsfalle, um ihnen beim Aufbau der elementarsten sozialen Infrastruktur zu helfen; Schuldenerlaß (und zwar auch seitens der Internationalen Finanzinstitutionen, IWF und Weltbank) für bankrotte Staaten; Moratorien und Umschuldung für illiquide Staaten; sowie eine vor allem zeitlich präzise auf den Transitionsprozeß abgestimmte Hilfe für Staaten im Übergang.

In derselben Ausgabe von *The Washington Quarterly* schreibt **Denise Fronging** (Wissenschaftlerin am Center for International Trade and Economics der konservativen Heritage Foundation) über den Sinn von Schuldenstreichungen (Will Debt Relief Really Help). Einerseits charakterisiert sie kritisch – und nicht ganz unberechtigt – die Initiativen zum Schuldenerlaß für hochverschuldete arme Entwicklungsländer (Highly Indebted Poor Countries – HIPC) als die »neueste Mode« der Entwicklungspolitik, die für sich genommen nur einen kurzen Einmaleffekt haben könne. Andererseits hält sie Schuldenstreichungen dann für sinnvoll, wenn sie Teil einer Gesamtstrategie sind, die auf die Überwindung der Probleme schlechter Politik, schlechter Regierungsführung, schlechter Institutio-

nen in den betreffenden Ländern zielt. »Bad governance« ist für Froning zwar die Wurzel des Übels der ärmsten Länder. Doch müssten auch die Industrieländer durch konsequente Marktöffnung und Zollsenkung für die arbeitsintensiven Produkte der ärmsten Länder ihren Beitrag zu einer dauerhaften Stabilisierung leisten. Froning bezieht sich ausdrücklich auf Rodriks hier vorgestellten Beitrag und die darin behandelten Lasten der Integration in die Weltwirtschaftsordnung. Sie schlägt zwei Ansätze vor, mit diesem Problem umzugehen: Erstens sollte den ärmeren Entwicklungsländern verstärkt Hilfe beim Aufbau der administrativen Kapazitäten angeboten werden, die für die Übernahme des ordnungspolitischen Rahmens des WTO-Regimes nötig sind. Zweitens aber sollte auch die regionale Integration zwischen Entwicklungsländern gefördert werden, da diese zusätzliche institutionelle Lernprozesse böte.

Amerika gegen die Welt?

Zur Lage auf dem Feld der internationalen Handelspolitik präsentiert **C. Fred Bergsten**, der Direktor des Institute for International Economics, in der März-Ausgabe von *Foreign Affairs* in sehr zugespitzter Form seine Analyse und Warnung vor den Folgen eines globalen handelspolitischen Führungsvakuums. Er betont nicht nur das unbestreitbar erhebliche außenwirtschaftspolitische Konfliktpotential in der Handels-, Finanz- und Ressourcenpolitik mit der EU einerseits und den ostasiatischen Staaten andererseits. Bergsten sieht vor allem auch die Gefahr, daß sich die EU sowie ein sich formierender ostasiatischer regionaler Integrationsraum um die ASEAN plus 3 gegen die USA zusammenschließen könnten, wie sie das bereits 1999 in Seattle getan hätten, um die WTO-Konferenz scheitern zu lassen (eine gelinde gesagt höchst gewagte Interpretation). Bergstens Ausführungen mögen, zumal was die Perspektiven einer ostasiatischen Wirtschaftsintegration angeht, übertrieben sein. Andererseits ist er einer der wenigen maß-

geblichen Vertreter der amerikanischen »think-tank«-Szene, der nicht chronisch die EU unterschätzt. Seine Konsequenzen sind aus europäischer Sicht daher zu begrüßen: Er warnt die USA davor, der Versuchung zu erliegen, vermeintlich kontrollierbaren bilateralen oder regionalen handelspolitischen Initiativen wie etwa dem Konzept der panamerikanischen Freihandelszone (Free Trade Area of the Americas – FTAA) den Vorzug zu geben vor einer Weiterentwicklung der multilateralen Handelsordnung der WTO. Auch hinsichtlich der Internationalen Finanzinstitutionen spricht er sich für einen konsequenten Multilateralismus aus. Damit repräsentiert er zur Zeit aber nicht gerade die herrschende Meinung.

Letzteres gilt sehr viel eher für die Wissenschaftler der Heritage Foundation. Aus ihren Reihen kommt ein interessanter Vorschlag, wie die USA wieder die Initiative und Führerschaft in der globalen Handelspolitik übernehmen könnten, der geradezu das entgegengesetzte Extrem zu Bergsten darstellt. **John C. Hulsman** und **Aaron Schavey** stellen in *The Heritage Foundation Backgrounder* das Konzept einer »Global Free Trade Association« (GFTA) vor. In ihr sollte sich so etwas wie die Vorhut strikt marktliberal orientierter Staaten zusammenschließen, wie sie in dem von der Heritage Foundation und dem Wall Street Journal aufgestellten »Index of Economic Freedom« ermittelt wurden. Qualifikationskriterium für eine GFTA-Mitgliedschaft wäre der Grad an Offenheit in der Handelspolitik, im Kapitalverkehr und gegenüber Direktinvestitionen, bei der Sicherung von Eigentumsrechten und bei den regulativen Rahmenbedingungen. Originell an diesem Konzept, das immerhin aus einem der unter der gegenwärtigen Regierung einflußreichsten »think-tanks« Washingtons kommt, ist die völlige Indolenz gegenüber der EU. Sie kommt lediglich insoweit vor, als denjenigen EU-Ländern, die der illustren ersten Gruppe potentieller GFTA-Mitglieder zugeordnet wurden – Dänemark, Irland, Luxemburg und Großbritannien –, der Austritt aus der EU nahegelegt wird.

Mehrere Autoren gehen angesichts der sehr konkreten, aber ebenfalls unter amerikanischer Führung entstehenden regionalen Integrationsinitiative der FTAA überwiegend positiv auf die amerikanische Lateinamerikapolitik ein. **Peter Hakim** betont in *Foreign Affairs* die historische Chance eines noch nie dagewesenen Wohlwollens gegenüber den USA in Lateinamerika, die aber in Gefahr sei, verspielt zu werden. Grund dafür seien erstens die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage aufgrund der jüngsten Finanzkrisen, zweitens das bisherige Unvermögen der USA, nach dem NAFTA-Abkommen weitere Freihandelsvereinbarungen mit lateinamerikanischen Staaten (wie z.B. Chile) abzuschließen, drittens und vor allem aber die massive amerikanische Militärhilfe für Kolumbien im Rahmen des Plan Colombia. Die Bush-Administration, so Hakim, sollte daher unbedingt die Chancen eines günstigeren politischen Klimas, wie sie sich vor allem in den Beziehungen zu Mexiko bieten, konstruktiv nutzen und zugleich vordringlich die handelspolitische »Fast-track«-Ermächtigung durch den Kongreß anstreben.

Noch optimistischer beschwören **Georges Fauriol** und **Sidney Weintraub** vom CSIS in *The Washington Quarterly* die Morgendämmerung eines »Century of the Americas«. Auch sie müssen jedoch auf Probleme und Enttäuschungen in Lateinamerika verweisen, vor allem auf das weitgehende Ausbleiben des eigentlich doch zu erwartenden ökonomischen »Trickle-down«-Effekts wachsenden Wohlstands in den 90er Jahren. Die Kritik der Autoren am unzureichenden strategischen Stellenwert Lateinamerikas in der amerikanischen Außen- und Handelspolitik richtet sich vor allem nach rückwärts, gegen die Clinton-Administration. Doch weisen auch sie auf die Gefahr hin, daß eine historische Chance zur hemisphärischen Integration ungenutzt vorübergehen könne, wenn die Bush-Administration nicht entschlossen handelt. Sie unterstreichen ihre Argumentation – und hier schließt sich der Kreis zu Fred

Bergsten – mit dem Verweis auf die Verhandlungen der EU mit den Mercosur-Staaten über ein Freihandelsabkommen. Führten diese zum Erfolg, bevor die US-Regierung die »Fast-track«-Ermächtigung habe, würden die Position der USA im FTAA-Verhandlungsprozeß und damit auch die über die wirtschaftliche Dimension hinausgehenden amerikanischen Interessen in Lateinamerika und der Karibik nachhaltig geschwächt.

Besprochene Aufsätze

- Bergsten, C. Fred**, America's Two-Front Economic Conflict, in: *Foreign Affairs*, 80 (März/April 2001) 2, S. 16–27
- Betts, Richard K.**, The Lesser Evil: The Best Way Out of the Balkans, in: *The National Interest*, (Sommer 2001) 64, S. 53–65
- Betts, Richard K./Thomas J. Christensen**, China: Getting the Questions Right, in: *The National Interest*, (Winter 2000/2001) 62 ([www.national .../issues/627Betts-Christensen.htm](http://www.national.../issues/627Betts-Christensen.htm))
- Campbell, Kurt M. /Derek J. Mitchell**, Crisis in the Taiwan Strait?, in: *Foreign Affairs*, 80 (Juli/August 2001) 4, S. 14–25
- Carpenter, Ted Galen**, Going Too Far: Bush's Pledge to Defend Taiwan, Washington: CATO Institute, May 30, 2001 (Foreign Policy Briefing, No. 66)
- Christensen, Thomas J.**, Posing Problems without Catching Up: China's Rise and Challenges for U.S. Security Policy, in: *International Security*, 25 (Frühjahr 2001) 4, S. 5–40
- Fauriol, Georges A./Weintraub, Sidney**, The Century of the Americas: Dawn of a New Century Dynamic, in: *The Washington Quarterly*, 24 (Frühjahr 2001) 2, S. 139–148
- Froning, Denise**, Will Debt Relief Really Help?, in: *The Washington Quarterly*, 24 (Sommer 2001) 3, S. 199–211
- Gereffi, Gary/Garcia-Johnson, Ronie/Sasser, Erika**, The NGO–Industrial Complex, in: *Foreign Policy*, (Juli/August 2001) 125, S. 56–65

Gilboy, Georg/Eric Heginbotham, China's
Coming Transformation, in: Foreign
Affairs, 80 (Juli/August 2001) 4, S. 26-39

Hakim, Peter, The Uneasy Americas, in:
Foreign Affairs, 80 (März/April 2001) 2,
S. 46-61

Hulsman, John C./Schavey, Aaron, The
Global Free Trade Association: A New
Trade Agenda, in: The Heritage Founda-
tion Backgrounder, (16.5.2001) 1441,
[http://www.heritage.org/library/
backgrounder/bg1441.html](http://www.heritage.org/library/backgrounder/bg1441.html)

Rodrik, Dani, Trading in Illusions, in:
Foreign Policy, (März/April 2001) 123,
S. 55-62

Sachs, Jeffrey D., The Strategic Significance
of Global Inequality, in: The Washington
Quarterly, 24 (Sommer 2001) 3,
S. 187-198

© Stiftung Wissenschaft und
Politik, 2001
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und
Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

Gestaltungskonzept
Gorbach Büro für Gestaltung
und Realisierung
Buchendorf